

**PRO UND KONTRA:** SOLLEN KRANKENKASSEN ABTREIBUNGEN WEITERHIN BEZAHLEN MÜSSEN?

## Die bewährte Lösung nicht gefährden

**J**a, Abtreibungen sollen weiterhin von den Krankenkassen bezahlt werden. Die Initiative ist abzulehnen. Warum? Eine Schwangerschaft abzubrechen, ist eine der schwierigsten Entscheidungen, mit der eine Frau konfrontiert werden kann. Sie wird nicht leichtfertig gefällt. Auf keinen Fall darf sie davon abhängen, ob man sich das leisten kann oder nicht. Mit der Finanzierung über die Grundversicherung wird wenigstens diese Belastung erspart. Die 2002 eingeführte Fristenlösung hat sich in der Praxis bewährt und gewährleistet, dass ein Schwangerschaftsabbruch in einem rechtlich geordneten Rahmen abläuft; der Abbruch findet innerhalb der ersten zwölf Wochen statt, für gute medizinische Betreuung ist gesorgt, und die Frauen erhalten Beratung.

Selbstverständlich ist es tragisch, dass trotz guter Aufklärungsarbeit jährlich 11000 Abtreibungen vorgenommen werden. Diese Zahl ist zu hoch, aber es ist illusorisch zu glauben,



**PRO**  
Yvonne Bürgin,  
Rüti

Abtreibungen verringern zu können, indem man die Frauen zur Kasse bittet. Und ja, eine Abtreibung ist Privatsache – so wie viele andere Leistungen auch.

Sollen wir deshalb alle Leistungen streichen, die nicht unserer eigenen Lebensanschauung entsprechen? Ein Magenband bei Übergewicht, ein Beinbruch bei Extremsport oder eine Krebsbehandlung bei Rauchern? Genauso untauglich ist die Forderung nach der Zusatzversicherung. Eine ungewollte Schwangerschaft wird nicht geplant und nicht als kostenloses Verhütungsmittel missbraucht. Frauen, die diesen schwerwiegenden Entscheid treffen, sollen nicht stigmatisiert werden, sondern brauchen Unterstützung und unsere Nächstenliebe.

Yvonne Bürgin ist CVP-Kantonsrätin.

## Abtreibung gehört nicht zur Grundversorgung

**D**ie Grundversicherung soll die Grundversorgung garantieren. Ein Schwangerschaftsabbruch gehört nicht zur Grundversorgung. Aktuell finanziert aber jede Bürgerin und jeder Bürger diese Leistung mit.

8 bis 20 Millionen Franken werden jährlich von den Krankenkassen für Abtreibungen ausgegeben. Nicht eingerechnet ist die damit verbundene teure Betreuung, die sich infolge von psychischen Störungen über Jahre hinziehen kann. Die am 9. Februar zur Abstimmung stehende Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» verlangt, dass die Abtreibungsfinanzierung aus dem Grundversicherungskatalog der Krankenkassen gestrichen wird.

Bei Annahme der Initiative müssten Abtreibungen nicht mehr von der ganzen Bevölkerung mitgetragen werden. Für jede Frau ist es weiterhin möglich, sich mit einer Zusatzversicherung für eine allfällige Abtreibung zu versichern. Bei einer Vergewaltigung oder aus medizinischen Gründen wird eine



**KONTRA**  
Anita Borer,  
Uster

Abtreibung weiterhin von der Krankenkasse übernommen.

Eine Abtreibung kostet zwischen 600 und 1500 Franken. Die Behauptung der Initiativgegner, dass Frauen ohne Krankenkassenleistungen zu gefährlichen Abtreibungsmethoden

greifen würden, ist bei diesem verhältnismässig niedrigen Betrag absurd.

Wenn es um die eigene Sexualität geht, lässt sich niemand dreinreden. Wer diese Freiheit zu Recht genießt, muss aber auch die Verantwortung für allfällige Konsequenzen übernehmen. Moralische und finanzielle Gründe hin oder her – letztlich geht es um die Verantwortung, welche jede und jeder von uns für das eigene Handeln selber zu tragen hat. Deshalb Ja zur Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache».

Anita Borer ist SVP-Kantonsrätin.